



NEWSLETTER 09/2018

FORUM | MIGRATION

 STOP
RACISM

Foto: © adzcnatasa – Fotolia.com

#metwo: „Es kriecht unter die Haut“

Unter dem Hashtag #MeTwo schildern tausende, wie ihnen Rassismus widerfahren ist. Immer wieder finden sich dabei Schilderungen aus einem Bereich: Der Arbeitswelt.

Der Bayrische Rundfunk-Journalist Malcolm Ohanwe etwa schildert die Reaktion auf seine Klage, dass in den Medien fast nur Menschen deutscher Herkunft arbeiten. Ein Kollege antwortete: „Ja, hast Recht. Wir sind alles Weißbrote hier. Vielleicht sollten wir die Standards senken, dass es mehr Leute wie du auch hier reinschaffen ...“. Ein anderer Kollege habe ihn gar gefragt: „Sag mal, und ich mein das echt nicht böse oder so, aber warum stinken denn die dunklen Schwarzen immer so?!“

Tausende solcher Berichte über die ganz alltägliche Diskriminierung sammeln sich seit Ende Juli bei Twitter. Der Autor Ali Can hatte Aktion „MeTwo“ gegen Alltagsrassismus ins Leben gerufen. Anlass war die Debatte, die der Fußballer Mesut Özil mit seinem Rücktritt aus der deutschen Nationalmannschaft ausgelöst hat. „MeTwo“ steht dafür, dass Menschen mit Migrationshintergrund zwei Identitäten haben können. „Was dort zu lesen ist, deckt sich definitiv

mit unserem Beratungsalltag“, sagt Olaf Bernau von der gewerkschaftlichen Beratungsstelle ADA – Antidiskriminierung in der Arbeitswelt in Bremen. Ebenso wie bei #metwo würden bei Weitem nicht nur Menschen Rassismus erfahren, die jüngst in Deutschland angekommen seien, sondern auch viele aus der zweiten und dritten Einwanderergeneration.

Bernau unterscheidet dabei zwei Formen: Die „strukturellen Diskriminierungen“, also der Zugang zu Arbeit, der Aufstieg im Job, aber auch die Verteilung der Arbeit im Betrieb. „Da haben sich ganz klassische Dinge erhalten, zum Beispiel wer wie viel heben muss oder wer am Band an welcher Stelle steht.“ Hinzukomme das Phänomen verbaler Diskriminierung. „Und da gibt es ganz klar eine Tendenz zur Enthemmung wie in der ganzen Gesellschaft“, sagt Bernau. Doch auch so genannte Mikroaggressionen seien weit verbreitet. Eine Ratsuchende etwa habe berichtet, wie sie dauernd auf Fehler in ihrer Aussprache hingewiesen worden sei. „Das kriecht den Betroffenen langsam unter die Haut.“ Entsprechend wichtig sei es, auf Möglichkeiten der Gegenwehr hinzuweisen, etwa durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, so Bernau.

INHALT 09/2018

#metwo: „Es kriecht unter die Haut“	1
Ostern und Opferfest	2
Kritik an Heils Visa-Plänen	2
Anerkennungs-News	2
Pflege: Migrant_innen machen mehr Überstunden	3
Polen: Nationalistische Regierung wirbt Filipinos an	3
Vor allem Migrationshintergrund gefährdet	3
News + Termine	4
Wie die EU-Kommission das Mobilitätspaket zum Stillstand brachte – Kommentar von Cristina Tilling, Politische Sekretärin für Straßenverkehr und Gleichstellung der Geschlechter bei der European Transport Workers' Federation in Brüssel	5



Porträt Anerkennung: Merve Günes, Kindheitspädagogin in Gifhorn

Ostern und Opferfest

Sie stammt aus Deutschland, ihren Beruf aber hat sie in Istanbul gelernt: Vier Jahre lang hat Nahila Merve Günes dort einen Bachelor als Kindheitspädagogin absolviert. Die in Ulm geborene und aufgewachsene Kurdin ist für das Studium 2014 in die Türkei gezogen. Direkt nach ihrem Abschluss kam sie ins niedersächsische Gifhorn. Dort ist sie nun eine von vier Erzieherinnen in der Kita „Abrahams Kinder“. Die außergewöhnliche Einrichtung nahm am 1. August ihren Betrieb auf und ist der erste christlich-islamische Kindergarten Deutschlands. „Ich möchte meine Kenntnisse hier einbringen“, sagt Günes, die gläubige Muslima ist.

In Gifhorn trägt die lokale Ditib-Gemeinde die Kita zusammen mit einer evangelischen Stiftung der Diakonie und der katholischen Gemeinde. Für Günes, eine weitere muslimische Kollegin und zwei christliche Erzieherinnen ist das Konzept eine Herausforderung. „Wir wollen den Kindern zeigen, dass die Liebe zum einen Gott für alle Menschen gleich ist“, sagt Günes. Die bislang 15 besetzten Plätze in der Kita wurden gleichmäßig an Kinder aus muslimischen, christlichen und nichtreligiösen Familien vergeben – ein Experiment, das viel mediale Aufmerksamkeit auf sich zieht und natürlich unter Beschuss von Islamfeinden steht. Doch die Beschäftigten, die Gemeinden und auch die Kinder der Eltern glauben an die Idee einer Kita, in der die Verschiedenheit angenommen und in Gemeinsamkeit überführt wird – etwa, in dem alle Kinder Ostern und das Opferfest, Weihnachten und Ramadan feiern, das Essen halal ist, aber die christlichen Kinder auch Bratwürstchen bekommen. Im Morgenkreis werden Lieder mit christlichem und muslimischem Hintergrund gesungen. Die Kita will die verbindenden Elemente beider Religionen in den Alltag integrieren, damit die Kinder beide Kulturen näher kennen lernen können.

Günes fühlt sich durch ihr Studium und ihren eigenen, interkulturellen Hintergrund gut auf die Aufgabe vorbereitet. Ihren türkischen Abschluss hat sie nun bei der Bezirksregierung zur Anerkennung vorgelegt. Ihr Glück: Im vergangenen Jahr hat das Land Niedersachsen eine staatliche Anerkennung als Kindheitspädagogin bzw. Kindheitspädagoge (B.A.) eingeführt. Nachdem die Kultusministerkonferenz sowie die Jugend- und Familienministerkonferenz die fachlichen Rahmenbedingungen geschaffen haben, verleihen nun auch die niedersächsischen Hochschulen mit kindheitspädagogischen Bachelorstudiengängen die Urkunde. Absolvent_innen früherer Jahrgänge können ihre Qualifikationen nachträglich staatlich anerkennen lassen.

Kritik an Heils Visa-Plänen

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will ausländischen Fachkräften im Rahmen des geplanten Einwanderungsgesetzes die Anerkennung ihrer Berufsqualifikationen in Deutschland erleichtern. „Das muss praktisch und pragmatisch laufen“, sagte Heil dem ARD-„Morgenmagazin“. Fachkräfte sollten nach Deutschland kommen können und ein halbes Jahr Zeit haben, ihre Abschlüsse anerkennen zu lassen und einen Job zu suchen. Sprachkenntnisse müssten aber zuvor im Ausland erworben werden, hob der Arbeitsminister hervor. Doch sein Vorschlag hat einen entscheidenden Haken.

Denn wer ein solches Visum zur Jobsuche erhält, soll von allen Sozialleistungen ausgeschlossen sein. „Ich kann mir vorstellen, dass Pflegekräfte aus dem Ausland für ein halbes Jahr nach Deutschland kommen und sich hier Arbeit suchen“, so Heil. „Sollte ihnen das nicht gelingen, müssen sie nach Ablauf der Zeit wieder zurück.“ Es gehe darum, „möglichst unbürokratische Prozesse“ für mögliche Arbeitssuchende zu schaffen.

Auch die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linken, Sabine Zimmermann, sagte, der Vorschlag sei „von vornherein zum Scheitern verurteilt“. Der Vorstoß dokumentiere ein weiteres Mal die Konzeptlosigkeit der großen Koalition in der Fachkräftedebatte. „Von was sollen die Menschen, die zur Arbeitssuche herkommen, in dieser Zeit leben?“ kritisierte Zimmermann. „Arbeitsmobilität benötigt flankierend eine soziale Absicherung.“

Bisher können aus Drittstaaten nur studierte Fachleute ohne konkretes Jobangebot zur Arbeitssuche nach Deutschland einreisen. Sie können ein sechsmonatiges Visum erhalten, das auf die Arbeitssuche beschränkt ist und noch nicht zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit berechtigt. Voraussetzung ist, dass sie ihren Lebensunterhalt ohne Sozialleistungen sichern können. Für die Westbalkan-Staaten gilt seit November 2015 eine Sonderregelung. Ihre Bürger dürfen unabhängig von ihrer beruflichen Qualifikation nach Deutschland kommen, wenn sie ein verbindliches Jobangebot haben.

Anerkennungs-News

Private Soziale Dienste wollen weniger Bürokratie

Der Präsident des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V., Bernd Meurer, hat eine einfachere und schnellere Anerkennung der Qualifikationen internationaler Pflegefachkräfte gefordert: „Wir brauchen in den nächsten Jahren zusätzlich zu Berufsrückkehrern und steigenden Azubi-Zahlen weitere Fachkräfte aus dem Ausland,“ so Meurer. Dazu müsse ein „attraktiver Start“ in Deutschland ermöglicht werden, statt des „bürokratischen Hindernislaufes, den wir aktuell haben“.

Handwerk will „Migrationsabkommen“

Der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Peter Wollseifer, hat vorgeschlagen, „Migrationsabkommen“ mit Ländern abzuschließen, die ein „vergleichbares Ausbildungssystem und -niveau“ wie Deutschland haben. Damit solle der Fachkräftemangel behoben werden. „Dann käme man weg von umständlichen Einzelfallprüfungen und hin zu einem rein formalen Einwanderungsverfahren“, sagte Wollseifer dem Sender n-tv. „Wer im Heimatland einen anerkannten Berufsabschluss hat, wer dort zwei Jahre in dem Beruf gearbeitet hat, ein ausreichendes Sprachniveau und vor allem einen Arbeitsvertrag vorweisen kann, der soll auch einreisen und hier bleiben dürfen.“ Laut Wollseifer fehlen derzeit im Handwerk etwa 250.000 Fachkräfte.

Mexikanische Ärzte in München

Am 3. August begrüßte die Ludwigs-Maximilians-Universität München sieben Ärztinnen und Ärzte aus Mexiko, die sich derzeit in Bayern auf die ärztliche Fachsprach- und Kenntnisprüfung vorbereiten. Sie gehören zu den ersten Teilnehmenden des Pilotprojekts „Vermittlung mexikanischer Ärztinnen und Ärzte nach Deutschland“, gemeinsam initiiert von der Zentralstelle für Auslands- und Fachvermittlung, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Auswärtigen Amt.

Ausstellung auf Tour

Die Wanderausstellung „Unternehmen Berufsanerkennung“ zeigt an sechs Multimediastationen „Erfolgsgeschichten“ aus dem Bereich der Qualifikations-Anerkennung. Sie ist noch bis Dezember in fünf deutschen Städten zu sehen.

 <https://bit.ly/2MjJoo7>





Pflege: Migrant_innen machen mehr Überstunden

Knapp jeder zehnte Haushalt mit Pflegebedürftigen in Deutschland beschäftigt eine meist aus Osteuropa stammende Hilfskraft – insgesamt mehr als 200.000 Haushalte. Das ergab eine neue Studie der Universitäten Cottbus und Breslau. Der Markt bewege sich „in einer Grauzone zwischen Legalität und Illegalität“, sagte der Instituts-Direktor Lothar Knopp. Gleichzeitig untersuchte die Universität Vechta in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften mit Migrationshintergrund. Das Ergebnis: Sie haben deutlich schlechtere Arbeitsbedingungen als ihre einheimischen Kolleg_innen.

14 % der Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen haben einen Migrationshintergrund, im ambulanten Sektor sind es 11 %. Bei den Arbeitsbedingungen seien in Deutschland deutliche Unterschiede zwischen Pflegekräften mit und ohne Migrationshintergrund

erkennbar, sagte die Studienautorin Hildegard Theobald von der Uni Vechta. 41 % der Migrant_innen machen mindestens einmal wöchentlich unbezahlte Überstunden, bei den Beschäftigten ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil bei 18 %. Noch schlechter sehe es bei den ungelernten Pflegekräften aus.

Gestaltungsspielräume bei der Planung ihrer eigenen Arbeit hat der Studie zufolge nur jede vierte (23 %) Pflegekraft mit Migrationshintergrund – aber jede dritte einheimische (35 %). Häufig körperlich erschöpft fühlten sich 88 % im Vergleich zu 64 %. Zudem erfahren Migranten, die in der Pflege arbeiten, weniger Wertschätzung von den eigenen Familien und Vorgesetzten. Von ausländerfeindlichen Kommentaren seien 15 % betroffen.

Laut der Untersuchung verrichten 31 % der Pflege-

kräfte mit Migrationshintergrund täglich Reinigungs-tätigkeiten in den Heimen, während es bei den Einheimischen nur 14 % sind. „Der Einfluss des Migrationsstatus ist besonders stark ausgeprägt für Pflegekräfte ohne qualifizierte Pflegeausbildung“, heißt es weiter. In dieser Gruppe reinigten 50 % der Pflegekräfte mit Migrationshintergrund täglich Zimmer.

Unabhängig vom Qualifikationsniveau berichteten 14 % der Pflegekräfte mit Migrationshintergrund über tägliche Besprechungen mit den direkten Vorgesetzten, während es bei den Beschäftigten ohne Migrationshintergrund 37 % waren. „Das hat durchaus auch mit Rassismus und Vorurteilen zu tun“, sagte Theobald der „Süddeutschen Zeitung“.

Studie HBS/Uni Vechta: <https://bit.ly/2vSnXQx>
Faktenbuch zu osteuropäischen Pflegekräften:
<https://bit.ly/2MmF3QX>

Polen: Nationalistische Regierung wirbt Filipinos an

Um fast 3,6 Prozent ist die polnische Wirtschaft in den letzten zehn Jahren im Schnitt gewachsen. In der gleichen Zeit sind über zwei Millionen Pol_innen ausgewandert, meist nach Westeuropa. Auch die niedrigen Löhne in ihrer Heimat haben sie fortgetrieben. Die regierende nationalistische Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS), die in der Flüchtlingspolitik konsequent die Schotten dichtmacht, will nun wegen des zunehmenden Fachkräftemangels Arbeiter_innen von den Philippinen anwerben.

Die Verhandlungen mit der philippinischen Regierung seien „auf einem guten Weg“ und könnten im

Herbst zur Unterzeichnung eines Anwerbeabkommens führen, sagte der stellvertretende Arbeitsminister Stanislaw Szwed der Nachrichtenagentur PAP. Er verwies auf die „kulturelle Nähe“ beider Länder – „insbesondere durch die katholische Konfession“. Polen wolle sich auf den Philippinen vor allem um qualifizierte Fachkräfte bemühen. Bislang hatte sich Polen in Sachen Fachkräftezuwanderung vor allem auf die benachbarte Ukraine verlassen: Rund eine Million Ukrainer_innen sind bereits im Land, bis zu 300.000 werden in den nächsten Jahren erwartet. Laut Eurostat hat Polen 2016 insgesamt 586.000 erste Aufenthaltsgenehmigungen an Bürger_innen von Nicht-EU-Staaten erteilt.

Das waren mehr als jeder andere EU-Mitgliedstaat außer Großbritannien. Die meisten Visa gingen an Ukrainer_innen.

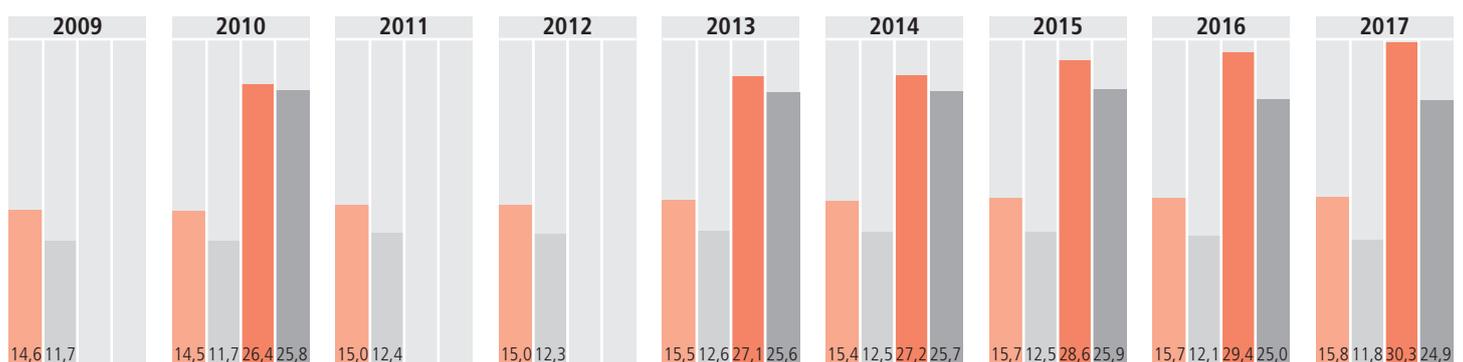
Doch das könnte nicht reichen: Im Jahr 2030 ist nach verschiedenen Studien jeder fünfte Arbeitsplatz in Polen unbesetzt, falls das Land dafür keine Migranten anwirbt. Das wären rund vier Millionen Arbeitsplätze. Polnischen Medien zufolge strebt das Arbeitsministerium deshalb weitere Anwerbeabkommen an – eines mit Vietnam, das trotz seiner katholischen Minderheit nicht christlich geprägt ist ebenso wie mit Nepal, in dem vier von fünf Einwohnern dem Hinduismus angehören.

Vor allem Migrationshintergrund gefährdet

Die Armutsquote in Deutschland erreicht einen neuen Höchststand

Armut nach Migrationshintergrund (in Prozent), 2009–2017 · Anteil von Personen mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze

■ = Insgesamt · ■ = Ohne Migrationshintergrund · ■ = Mit Migrationshintergrund (eingewandert) · ■ = Mit Migrationshintergrund (in Deutschland geboren)



Quelle: Hans Böckler Stiftung: Einkommensarmut in Deutschland – neuer Höchststand · WSI Policy Brief 26, 08/2018. <https://bit.ly/2OqtHbk>



News + Termine

Einwanderungsgesetz: SPD will „Spurwechsel“

In das geplante Fachkräfte-Einwanderungsgesetz sollte nach Ansicht der SPD noch die Möglichkeit eines Spurwechsels für Migrantinnen und Migranten in den deutschen Arbeitsmarkt aufgenommen werden. „Es kann nicht sein, dass fleißige Pflegekräfte oder Handwerker aus ihren Betrieben gerissen und abgeschoben werden“, sagte SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil. Ein Spurwechsel würde gut integrierten Geduldeten, die einer Tätigkeit nachgehen, eine Bleibeperspektive geben. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder (CDU), hat sich dagegen ausgesprochen. Es sei „nicht zielführend, abgelehnten Asylbewerbern zu ermöglichen, im Land zu bleiben, auch wenn ihr Antrag abgelehnt ist, sie aber Arbeit haben“, so Kauder zur „Passauer Neuen Presse“. Würde diese Möglichkeit ausgeweitet, dann „wäre das ein Anreiz für die Migration einzig aus wirtschaftlichen Gründen“.

Petition für eine solidarische Flüchtlingspolitik: Unterstützung vom DGB Vorstand

Der DGB Vorsitzende Reiner Hoffmann unterstützt die Petition für eine christliche, menschenrechtliche und solidarische Flüchtlingspolitik in Europa. „Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für ein weltoffenes und solidarisches Europa ein“, sagte Hoffmann. „Was wir brauchen, ist ein Europa, das sich glaubwürdig dafür einsetzt, Fluchtursachen zu bekämpfen – kein Europa, das Flüchtlinge bekämpft

 Petition „Erst stirbt das Recht, dann der Mensch!“:
<https://bit.ly/2L1Q84c>

Flüchtlinge in Bayern: CSU eröffnet Ankerzentren, richtet eigene Grenzpolizei ein und macht „Asyl-Landesamt“ auf

In Asyl- und Migrationsfragen hat Bayern einen Sonderweg eingeschlagen. Und am 18. Juli nahmen dann auch noch die zunächst 500 Beamten der neuen bayrischen Grenzpolizei ihre Arbeit auf. „Auf Anforderung oder mit Zustimmung“ des Bundes, so die offizielle Sprachregelung, kontrollieren sie seither stundenweise Straßen an deutsch-österreichischen Grenzübergängen. Zurückweisen dürfen allerdings noch immer nur Bundespolizisten. Am 1. August widmete Bayern als erstes Bundesland die sieben bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen in die so genannten Ankerzentren um. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) erklärte, so würden schnelle und sichere Asylverfahren ermöglicht. „Ich bin zuversichtlich, dass andere Länder in Kürze folgen und die Ankereinrichtungen sich als Erfolgsmodell erweisen.“ Die Linken-Innenexpertin Ulla Jelpke nannte die Zentren „eine Schande“: „Arbeitsverbote, Residenzpflicht, beengte Wohnverhältnisse ohne Privat-

sphäre, Sachleistungsprinzip, Kantinenessen – Seehofers Ankerzentren nehmen Geflüchteten jegliche Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde“, so Jelpke. Gleichzeitig eröffnete Bayern ein eigenes „Landesamt für Asyl und Rückführungen“. Das Amt in Manching soll zentral Heimreisedokumente oder Passersatzpapiere beschaffen und Abschiebungen sowie freiwillige Ausreisen koordinieren und beschleunigen. Bei der Einweihung erklärte Ministerpräsident Markus Söder (CSU), dass Ausreisepflichtige das Land zu verlassen hätten, wenn die Regeln des Rechtsstaats dies vorsehen würden. Das neue Landesamt liefere „dafür die Voraussetzungen“.

Flüchtlinge vom Mittelmeer: Düsseldorf, Köln und Bonn bieten Aufnahme an

Der Deutsche Städtetag hat die Bereitschaft der Städte Bonn, Düsseldorf und Köln gelobt, über das Mittelmeer geflohene Flüchtlinge aufzunehmen. „Solange Menschen auf der Flucht im Mittelmeer sterben, muss es intensive politische Anstrengungen geben, dieses Drama zu lösen“, sagte die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin, Verena Göppert. „Ich hoffe, dass die Stimmen vom Rhein gehört werden und die Rettungsschiffe sowie das Aufklärungsflugzeug ‚Moonbird‘ unverzüglich und ungehindert im Mittelmeer wieder tätig werden können“, sagte der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Manfred Rekowski zum Appell der Oberbürgermeister.

 <https://bit.ly/2wbQIHv>

Islam-Forscher: Bundesregierung soll Imam-Ausbildung bezahlen

Der Osnabrücker Islamexperte Bülent Ucar hat die Politik aufgefordert, Finanzhilfe zu leisten, wenn sie wolle, dass die Imame nicht länger vom Ausland und insbesondere der Türkei abhängig seien. Zu 80 bis 90 Prozent arbeiteten noch immer Imame in Deutschland, die aus dem Ausland geschickt und bezahlt würden, so der Direktor des Instituts für Islamische Theologie der Universität Osnabrück. Das sei nicht nur beim türkischen Verband Ditib der Fall. „Die meisten Verbände sehen diesbezüglich auch gar keinen Handlungsbedarf. Die Beibehaltung des Status Quo ist nämlich finanziell sehr angenehm. Aber das ist doch wohl kaum im Sinne der muslimischen Community und der Allgemeinheit.“ Die Bundesregierung will das Thema Aus- und Weiterbildung von Imamen auf die Tagesordnung der Deutschen Islam Konferenz setzen.

Über 90 Prozent Blaue Karte-Inhaber bleiben

Die überwiegende Mehrheit hoch qualifizierter ausländischer Arbeitnehmer_innen, die mit einer so genannten Blauen Karte EU nach Deutschland gekommen sind, bleibt hierzulande. Mehr als 90 Prozent

der knapp 28.000 früheren Inhaber der Blauen Karte hätten sich Ende Juni dieses Jahres mit einem anderen Aufenthaltstitel in Deutschland befunden, teilte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit. Davon hatten fast alle, nämlich rund 23.800 Menschen, einen unbefristeten Aufenthaltstitel, wie es weiter hieß. Damit entschieden sich knapp 85 Prozent aller ehemaligen Inhaber der Blauen Karte für einen dauerhaften Verbleib in Deutschland.

 siehe auch Forum Migration 08/17: <https://bit.ly/2Blgcb>

Termine

Grundlagenseminar im Rahmen der Ausbildung zur betrieblichen Fachkraft ANERKENNUNG

16. bis 21. September 2018

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

Zur Lage der Arbeitnehmer_innen aus den Westbalkanländern in Baden-Württemberg

18. September 2018

Veranstaltungsort: DGB Haus Stuttgart

Fachkraftausbildung: Fachkraft Kulturelle Vielfalt

25. bis 29. September 2018

Veranstaltungsort:

Modul 1: Steinbach

Modul 2: Bonn

Vertiefungsseminar – Demographischer Wandel im Gesundheitswesen – Rettet uns das Anerkennungsgesetz?

27. September 2018

Veranstaltungsort:

DGB Bildungszentrum Düsseldorf, Studio 1

Vertiefungsseminar – Mitbestimmung und -gestaltung bei der Anerkennung ausländischer Kaufleute für Büromanagement

11. Oktober 2018

Veranstaltungsort:

DGB Bildungszentrum Düsseldorf, Studio 1

Mentor_innentraining NRW

19. bis 20. Oktober 2018

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Tagung: Anerkennung von Kompetenzen – eine gesellschaftliche Aufgabe

25. Oktober 2018

Veranstaltungsort: LWL – Industriemuseum – Zeche Zollern

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
<http://bit.ly/1Jv9okq>



Wie die EU-Kommission das Mobilitätspaket zum Stillstand brachte



© Foto: ETF

Kommentar von Cristina Tilling, Politische Sekretärin für Straßenverkehr und Gleichstellung der Geschlechter bei der European Transport Workers' Federation in Brüssel

Vorbemerkung: Im Juli hat das EU-Parlament das so genannte Mobilitätspaket abgelehnt. Das Paket, das zunächst vom Verkehrsausschuss vor allem mit den Stimmen von Konservativen und Liberalen verabschiedet worden war, sah unter anderem eine Lockerung der Arbeitsvorschriften für Lkw- und Busfahrer vor. Sie sollten demnach erst nach drei Wochen Anspruch auf ein freies Wochenende haben. Außerdem sollten sie bis zu zwölf Tage hintereinander fahren dürfen – und innerhalb dieser Zeit an vier Tagen bis zu 16 Stunden. Diese Pläne stießen im Europaparlament auf Widerstand vor allem bei Vertretern linker Fraktionen und bei den Grünen. Aber auch ein Teil der Konservativen lehnte die Vorschläge ab. Sie befürchteten vor allem einen unlauteren Wettbewerb durch Speditionen in den osteuropäischen Staaten, wo die Arbeitslöhne deutlich niedriger sind als etwa in Frankreich oder Deutschland. Erst Ende Mai hatte das Europaparlament eine neue Richtlinie verabschiedet, die entsandte Arbeitnehmer besser vor Sozialdumping schützen soll. Die rund drei Millionen Fernfahrer in der EU wurden dabei jedoch ausgenommen – für sie sollten Vorschriften im Rahmen des Mobilitätspakets verankert werden. Bei der ver.di waren vor allem die geplanten Arbeitszeitverlängerungen auf heftigen Widerstand gestoßen.

Die Abstimmung zum Mobilitätspaket im Europäischen Parlament, am 4. Juli, kurz vor der Sommerpause, war für alle eine Überraschung – auch für die Europäische Transportarbeitergewerkschaft (ETF).

Die mehr als 150 Änderungsanträge, aufgeteilt auf drei Dossiers, durchliefen einen echten Abstimmungs-Marathon. Es ging dabei um Fragen des Speditionsmarktes aber auch um die sozialen Aspekte des Sektors. Einige der Anträge wurden angenommen, andere abgelehnt. Zu denen, die systematisch und mit großer Mehrheit im Plenum abgelehnt wurden, gehören alle drei Vorschläge der Europäischen Kommission. Und aus Sicht der ETF lag das daran, dass diese Vorschläge spalterisch sind.

Die Kommission schlug beispielsweise vor, dass drei Arbeitstage pro Monat nach den Einkommensregeln des Herkunftslands des Fahrers bezahlt werden dürfen – und das für jeden Mitgliedsstaat, in dem er eingesetzt wird. Sie plädierte für mehr Flexibilität bei den Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer und vieles mehr. Damit löste die Kommission endlose, kontroverse Debatten aus und drängte schließlich die Länderdelegationen im EU-Parlament, ebenso wie die politischen Parteien, in unvereinbare Positionen. Die ETF hat vor jeder Plenarabstimmung – und davon gab es zwei innerhalb eines Monats – den Puls des Europäischen Parlaments gefühlt: Wir waren in Straßburg vor Ort, klopfen an Türen und trafen uns mit Abgeordneten. Wir fanden heraus: Es gab immer weniger, die noch von uns überzeugt werden mussten. Fast alle Abgeordneten hatten sich entschieden – gegen die Änderungsvorschläge der Kommission.

Bedauerlicherweise war dies nicht zur Kommission durchgedrungen. In einer geradezu wahnhaften Weise behauptete diese bei einem Sozialdialog Ende Juni in Brüssel noch, dass ihre Änderungsvorschläge zum Mobilitätspaket ein „Klima des Vertrauens“ förderten. Das Gegenteil war der Fall: Diese massive Ablehnung im Parlament zeigt irreparable Brüche und, was noch bedauerlicher, ist: die guten Elemente des Pakets gingen ebenfalls verloren. Zu diesen zählt zum Beispiel eine strengere und effektivere Verfolgung von Verstößen etwa bei Ruhezeiten durch den „intelligenten“ Tacho eine Art Black Box, die die Aktivität des Fahrers registriert. Gerade wegen solcher positiver Aspekte hat sich die ETF nicht für die Ablehnung des Pakets eingesetzt. Und dennoch wurde es abgelehnt und an den TRAN, den zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments, zurückverwiesen.

Die Kommission ist nach wie vor der Ansicht, dass ihre Vorschläge Aussicht auf Erfolg haben. Doch wer sich Zeit nimmt, den Mitgliedstaaten und den Abgeordneten zuzuhören, ist klar, dass sowohl das Paket als auch sein Träger – die Kommission – an Glaubwürdigkeit verloren haben. Was nun? Der TRAN-Ausschuss des Europäischen Parlaments muss sich erneut mit dem Paket befassen. Entweder hält er

grundsätzlich an dem Paket fest und macht Kompromissvorschläge, über die dann erneut im Plenum abgestimmt werden müsste. Oder der Ausschuss fängt wieder bei null an. Oder das gesamte Projekt wird nach den EU-Wahlen im Mai 2019 begraben.

Dem Mobilitätspaket ging eine Konsultationsphase von etwa zwei Jahren voraus. Es sollte die EU-Vorschriften für den Straßenverkehr vereinfachen und sie durchsetzbarer machen, als es heute der Fall ist. Die ETF hat sich an diesem Prozess mit konkreten Vorschlägen beteiligt. Was am Ende alles durcheinander brachte, war die überraschende Initiative der Kommission für eine totale Umgestaltung der Ruhezeiten für Bus- und LKW-Fahrer, die sich nachteilig auf ihre Arbeitszeiten, ihre Bezahlung und ihre Freizeit auswirken würde. Das lehnen wir ab. Ausnahmen bei den Lenkzeiten und mehr Flexibilität bei Dienstplänen von Fahrern sind für uns nicht akzeptabel. Sie verstoßen gegen den erklärten Zweck des Mobilitätspakets. Die ETF wünscht faire Arbeits- und Lebensbedingungen für die Fahrer, die sie vertritt. Wir wollen, dass der Straßenverkehr zum Vorreiter beim „Fair Transport“ wird.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM

